

Antragsbereich N: Digitale Gesellschaft

Antrag N2_15/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Münster

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

5 **N2_15/1 NEIN zur Vorratsdatenspeicherung -** 6 **egal unter welchem Namen!**

7
8 Es scheint so, als läge sie bei jedem terroristischen Attentat, bei jedem Angriff auf die öffentli-
9 che Sicherheit in aller Munde: die Vorratsdatenspeicherung (VDS). Immer wieder wird dann me-
10 dienwirksam diskutiert, ob die VDS nicht auch in der Bundesrepublik wieder eingeführt werden
11 sollte. Die von der Koalition aus CDU/CSU und SPD im Jahr 2007 beschlossene und 2008 einge-
12 führte VDS wurde 2010 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verboten.
13 Auch die EU-Richtlinie zur VDS wurde 2014 vom Europäischen Gerichtshof wegen Unvereinbarkeit
14 mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union für ungültig erklärt.

15
16 Trotz dieser Urteile sind auch aktuell wieder die Stimmen laut, die eine Wiedereinführung einer
17 modifizierten VDS fordern. Diese Bekundungen, auch und vor allem von Entscheidungsträ-
18 ger*innen in der SPD und Mitgliedern der Bundesregierung sind Anlass dafür und machen es not-
19 wendig, dass auch wir uns stark gegen eine Wiedereinführung der VDS positionieren.

20
21 Durch die anlasslose VDS werden flächendeckend alle Bürger*innen unter Generalverdacht ge-
22 stellt. Die anlasslose Aufzeichnung von personenbezogenen Daten ist ein beachtlicher Eingriff in
23 die Privatsphäre und in die Grundrechte der Bürger*innen. Es gibt keinen legitimen Zweck, der
24 geeignet ist, diesen massiven Eingriff zu rechtfertigen, er bleibt unverhältnismäßig. Anstatt also
25 die Grundwerte der Demokratie zu schützen, schränkt die VDS diese ein.

26
27 Mit der VDS nähern wir uns dem Überwachungsstaat, in dem die Handlungen und Aufenthaltsorte
28 jedes Menschen immer und überall erfasst werden können und das Kommunikationsverhalten
29 jedes Menschen analysiert wird. Wer kann garantieren und kontrollieren, dass Daten wieder ge-
30 löscht werden? Wie kann ein Missbrauch der durch die VDS erlangten Daten verhindert werden?
31 Wer überwacht die Überwacher*innen? Befriedigende Antworten auf diese Fragen gibt es nicht.

32
33 Dazu kommt, dass die VDS nicht nachweislich zu einer Erhöhung der Sicherheit oder zu der Ver-
34meidung von Straftaten führt. So konnte beispielsweise auch der Anschlag von Paris nicht durch
35 die VDS verhindert werden. Auch zur Ermittlung der Verantwortlichen trug die VDS nichts bei.
36 Die VDS hält nicht das, was sie verspricht und auch, wenn sie einen minimalen Nutzen bedeuten
37 kann, so ist der Preis dafür zu hoch. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung überwiegt
38 den Nutzen der VDS unabhängig von der Dauer oder der Art und Weise der Datenaufzeichnung.
39 Auch eine „abgeschwächte“ VDS mit kürzeren Speicherfristen bleibt eine VDS, die wir ablehnen.

40
41 Medial präsente Verbrechen dürfen nicht instrumentalisiert werden, um immer wieder erneut in
42 die Debatte um die Forderung nach einer VDS einzusteigen. Und es ist kein Argument für die
43 VDS, dass durch die Befürwortung dieser die Koalitionsfähigkeit der SPD verbessert würde. Wir
44 dürfen keine Kompromisse eingehen, wenn es um eine Entscheidung geht, die gravierend ist und
45 deren Folge einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen darstellt.

46 Vor allem nicht, um es möglichen Koalitionspartner*innen recht zu machen oder ihnen entgegen-
47 zukommen.

48

49 Wenn wir uns mit der VDS befassen, dann befassen wir uns mit einer grundlegenden und rich-
50 tungsweisenden Frage. Unsere Antwort auf diese Frage muss lauten: Nein zur VDS! Heute, aber
51 auch in Zukunft darf die Reaktion auf Straftaten nicht die gesteigerte Überwachung der Bür-
52 ger*innen sein.

53

54 Deshalb fordern wir die Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen auf, sich gegen jede Art der
55 VDS zu stellen, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch europaweit. Die veraltete Be-
56 schlusslage der SPD vom Bundesparteitag 2011 muss durch einen neuen Beschluss ersetzt werden,
57 der das Urteil des Europäischen Gerichtshofs berücksichtigt und in dem sich die SPD daher deut-
58 lich gegen die VDS aussprechen muss.

59

60 Wir Juso-Hochschulgrüpler*innen müssen uns gegen die VDS zur Wehr setzen, indem wir sowohl
61 innerparteilich, in allen Gremien als auch auf der Straße und in der Öffentlichkeit unsere Stimme
62 gegen die VDS erheben.